

## **ANTRAG**

Antragsteller: Christian Katzbeck

### **Stärkung der partizipativen Demokratie in Wien**

Obwohl die Demokratie von den BürgerInnen in Österreich mehrheitlich immer noch als die beste Regierungsform angesehen wird, ist eine Tendenz zu autoritären Einstellungen zu beobachten. Häufig wird dies mit einem zunehmenden Gefühl der politischen Orientierungs- und Machtlosigkeit in Verbindung gebracht. Einen wesentlichen Beitrag für den Verlust des Vertrauens an Demokratie ist die wachsende soziale Ungleichheit. Politische Parteien versuchen diese Krise der Demokratie zu nützen, setzen auf Identitätspolitik im negativen Sinne, wobei die sozialen Medien mit ihrer Daumen-Rauf/Daumen-Runter-Kultur eine entscheidende Rolle in der Meinungsbildung- und verstärkung spielen, die leider zur Verbreitung von Hass missbraucht und oft nur eigene Einstellungstendenzen verstärken und nicht dazu einladen, gegenteilige Meinungen zu reflektieren. Wie durch gezielte Einflussnahmen auf (soziale) Medien demokratische Wahlen wesentlich mitentschieden werden, zeigen Beispiele aus Europa und USA, wobei sich in Folge Gefahren für die liberale Demokratie ergeben. Eine Schwachstelle der westlichen Demokratie ist, dass sie wenig persönliche, aktive, gestaltende Beteiligung voraussetzt und es dadurch zur Entfremdung zwischen BürgerInnen und Politik kommen kann. Eine Beteiligung in diesem partizipativen Sinne (also jenseits von Wahlen und Volksabstimmungen) ist die Einrichtung von Bürgerräten, die zu Sachthemen vom politischen Entscheidungsträgern einberufen werden und eine Ergänzung zur repräsentativen, parlamentarischen Demokratie darstellen. Ein Beispiel für eine starke institutionelle Verankerung von partizipativer Demokratie ist Vorarlberg, das bereits seit dem Jahr 2006 auf Landes- und auch auf Gemeindeebene Bürgerräte organisiert und 2013 diese Form der Mitbestimmung in die Landesverfassung gehoben hat. Hierfür hat die Vorarlberger Landesregierung eine eigene, mit der Durchführung betraute Stelle eingerichtet (Büro für Zukunftsfragen). Das Vorarlberger Beispiel sei hier kurz skizziert: Die Einladungen zu einem Bürgerrat erfolgen per Losentscheid, wobei die TeilnehmerInnen (ca.12-30 Personen) zu einem moderierten, 1,5- bis 2-tägigen Beratungsprozess zusammenkommen und eine einstimmige Resolution erstellen. Die Ergebnisse werden einer interessierten Öffentlichkeit vorgestellt und mit ihr diskutiert („Bürgercafé“) und mit zuständigen Vertretern von Politik und Verwaltung in Workshops besprochen. Die zuständige Behörde muss bei ihrer Entscheidung zum Ergebnis des Bürgerrates Stellung beziehen. Bürgerräte können durch Beschluss einer Gemeinde, vom Landtag, von der Landesregierung oder auf Antrag von mind.1000 BürgerInnen eingerichtet werden. Beispiele für landesweit eingerichtete Bürgerräte betrafen die Themen „Umgang mit Grund und Boden“ (2017, erster selbstinitiiertes Bürgerrat) sowie „Asyl“ (2015). Seit 2016 hat auch die Salzburger Landesverfassung die partizipative Demokratie in Form von Bürger- und Jugendräten verankert. Am stärksten ist diese Form der partizipativen Demokratie in Irland ausgebaut, wo seit 2011 sog. Citizens' Assemblies eingerichtet sind.

Evaluierungen haben ergeben, dass sich die Einrichtung von Bürgerräten und Bürgerparlamenten wie der irischen Citizens' Assembly den politischen Engagementwillen sowie v.a. das Vertrauen in

die repräsentative Demokratie signifikant stärken, den Gemeinschaftssinn verbessern, das politische Interesse stärken sowie Verantwortungsgefühl für zukünftige Generationen fördern. Der Einfluss der Bürgerräte auf die politische Willensbildung hängt v.a. vom Commitment der verantwortlichen Regierungsstellen ab. Da es sich eben um „Räte“ handelt, ist deren Votum nicht bindend.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass partizipative Ansätze und insbesondere Bürgerräte einen wesentlichen Beitrag zu einer konstruktiven, diskursiven, nicht-polarisierenden Demokratieentwicklung leisten können.

### **Die Konferenz der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund möge beschließen:**

1. Die SPÖ Wien soll sich für eine Stärkung partizipativer Demokratie einsetzen, indem sie für die Verankerung dieser die repräsentative Demokratie ergänzende Form der Mitbestimmung in der Wiener Stadtverfassung votiert.
2. Die SPÖ Wien soll sich für die Einrichtung eines Büros für partizipative Demokratie einsetzen. Dieses Büro sollte eine Informationsplattform zum Thema Bürgerräte sein und Stadt, Bezirke sowie Gruppen von Privatpersonen bei der Abhaltung von Bürgerräten unterstützen.
3. Die Gestaltung von Bürgerräten soll folgenden Prinzipien folgen: Die TeilnehmerInnen sollen die Bevölkerung repräsentieren, das wird unter anderem durch Auswahl per Los sichergestellt. Um die Partizipation aller zu ermöglichen, wird die Teilnahme finanziell abgegolten. Bürgerräte werden professionell moderiert und mit adäquater Infrastruktur ausgestattet. Die zuständige Behörde oder das zuständige politische Gremium muss bei ihrer Entscheidung zu den Ergebnissen des Bürgerrats Stellung beziehen.

### **Begründungen, Anhänge, Zusatzinformationen**

Ehs, T. (2018), Mit der Gleichheit des Loses gegen elitären Populismus, in *Die Furche*, 4. Oktober, S. 10.

Nanz, P. & Leggewie, C. (2016). *Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Wagenbach.

Büro für Zukunftsfragen: [www.vorarlberg.at/zukunft](http://www.vorarlberg.at/zukunft)